



Das Pistensystem am Flughafen Zürich und der Streit um allfällige Verlängerungen der Pisten 28 und 32 waren gestern im Fokus der Zürcher Kantonsräte.

Sonderregel für Pistenausbauten

FLUGHAFEN Der Zürcher Kantonsrat hat gestern die Initiative «Pistenveränderungen vors Volk!» mit deutlicher Mehrheit angenommen. Die Gegner der Vorlage erwägen jedoch rechtliche Schritte. Sie bezweifeln, dass das Vorgehen rechters ist.

Neu kann der Kantonsrat Pistenverlängerungen nicht mehr alleine verhindern. Bis anhin galt: Lehnt das Parlament einen Pistenausbau ab, ist er vom Tisch. Nur bei einer Zustimmung hätte die Möglichkeit bestanden, das Referendum zu ergreifen und die Vorlage vors Volk zu bringen.

Entmachtet hat sich der Kantonsrat selber, indem er gestern die Initiative «Pistenveränderungen vors Volk!» mit 123 Ja- und 48 Nein-Stimmen angenommen hat. Er unterstützt damit die Forderung von flughafen- und wirtschaftsnahen Organisationen und

Verbänden, die Pistenverlängerungen vors Volks bringen wollen. Eben auch dann, wenn der Kantonsrat Ausbauten ablehnen sollte: Dies ist ein Szenario, das die Flughafenbefürworter fürchten – und das aufgrund der vielen bürgerlichen Kantonsräte aus fluglärm betroffenen Gemeinden nicht abwegig ist, wie die Abstimmung

über den Eintrag von Pistenverlängerungen im kantonalen Richtplan zeigte (siehe unten).

«Keine Angst vor dem Volk»

Auch gestern wichen bürgerliche

Kantonsräte von der Meinung ihrer Partei ab – vor allem jene aus betroffenen Unterländer Gemeinden. Die Mehrheit von SVP, FDP, CVP, BDP und EDU reichte dennoch locker zur Annahme der Initiative. SVP und FDP begründeten ihre Zustimmung mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens. Unterstützung erhielten sie von der Mehrheit der SP. «Wir haben keine Angst vor den Stimmbürgern», argumentierte Ruedi Lais (Wallisellen). «Die Debatte muss geführt werden – und wir freuen uns darauf.»

Trotz drohender Grabenkämpfe zwischen den betroffenen Regionen traut der Wädenswiler CVP-Kantonsrat Philipp Kutter dem Volk eine sachliche Diskus-

Der Landbote

sion zu. «Es ist dazu besser in der Lage als die Parlamentarier, die je nach Interessenverband abstimmen», sagte Kutter, Vorstandsmitglied von Pro Flughafen. Ausserdem sei es an der Zeit, sich endlich die zentrale Frage zu stellen: Welchen Flughafen wollen die Zürcherinnen und Zürcher? «Von der Regierung hört man dazu nichts», kritisierte Kutter. «Und diese Sprachlosigkeit nutzt der Bund, um in Sachen Flughafen immer weiter vorzustossen.» Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) liess die Kritik an sich abprallen und stimmte zu, dass es in Verhandlungen mit dem Bund wichtig sei, die Meinung der Bürger zu kennen. «Es gibt keine stärkere Stimme als die des Volkes.»

Margreiters Ärger

Gegen die Initiative stimmten AL, GLP, EVP und Grüne. Für Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) dient sie einzig dazu, den Expansionswillen des Flughafens durchzusetzen. Die Befürworter von Pistenverlängerungen erhielten nun ein zusätzliches Mittel, um ihre Forderung durchzudrücken, ergänzte Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen). «Und das mit staatspolitisch fragwürdigen Mitteln.» Das sieht AL-Kantonsrat und Jurist Markus Bischoff (Zürich) genauso: «Ein negatives Referendum ist ein absolutes Unding. Wenn schon, müsste man

dieses Instrument gegen alle Beschlüsse ergreifen dürfen.»

Für Walker Späh schliesst das negative Referendum jedoch bloss «eine nicht erklärbare Lücke im Flughafengesetz». Die Bemerkung brachte Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) in seiner letzten Kantonsratssitzung auf die Palme. «Eine solche Lücke besteht gar nicht. Diese Behauptung grenzt beinahe an eine Lüge», sagte Margreiter. «Sonst würden ja überall Lücken bestehen.»

Juristisches Nachspiel?

Theoretisch könnten die Gegner der Initiative «Pistenveränderungen vors Volk!» nun das Referendum ergreifen. Doch Esther Guyer (Grüne, Zürich) winkt ab. «Es geht um eine Verfassungsfrage, die man dem Volk nicht stellen kann.» Stattdessen erwägt sie eine Beschwerde beim Bundesgericht. Auch für Bischoff ist dies der richtige Weg. Die Richter sollen klären, ob das negative Referendum überhaupt mit der Kantonsverfassung vereinbar ist. Artikel 33 besagt, dass gegen Beschlüsse des Kantonsrats das Referendum ergriffen werden kann. «Für mich ist sonnenklar, dass damit nicht ablehnende Beschlüsse gemeint sind», erklärte Bischoff nach der Debatte. Das gelte es aber genau zu prüfen. «Sollte der Verfassungsrat in seinen Protokollen nicht explizit auch negative Beschlüsse erwähnt haben, stehen unsere Chancen gut.» *Heinz Zürcher*

Splitter& Späne

Dass am Flughafen Zürich nach 23 Uhr immer mehr Maschinen starten, findet Kantonsrätin **Regula Kaeser** (Grüne, Kloten) unerhört. Regierungsrätin **Carmen Walker Späh** (FDP) solle endlich etwas unternehmen, sagte sie. «Manchmal wache ich sechsmal auf, das ist nicht verkraftbar.» Die **SVP-Ecke** reagierte mit einem höhnischen «Ooooooh». Darauf Kaeser: «Ja, ihr Herren, um diese Zeit seid ihr halt noch nicht zu Hause.» *hz*

«Ein negatives Referendum ist ein absolutes Unding.»

Markus Bischoff, AL

CHRONOLOGIE

Streit um Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich dauert schon seit Jahren an

Bund, Regierungsrat und Flughafen sind grundsätzlich für Pistenverlängerungen, um einen flexibleren Betrieb zu ermöglichen. Der Kantonsrat sprach sich jedoch wiederholt dagegen aus. Das Kantonalzürcher Stimmvolk zeigte sich gegenüber Pistenverlängerungen offen.

- 2009: Der Zürcher Kantonsrat spricht sich mit 100:64 Stimmen deutlich für ein Pauschalverbot von Pistenausbauten aus.
- 2011: In der kantonalen Volksabstimmung lehnen die Stimmberechtigten ein pauschales Pistenausbauverbot mit 58,8 Prozent Nein-Stimmen ab.
- 2012: Bundesrätin Doris Leuthard hat mit Deutschland

einen Staatsvertrag ausgehandelt. Er soll den jahrelangen Fluglärmstreit beilegen. Vertreter der Flughafen Zürich AG sagen, der Staatsvertrag sei ohne Pistenverlängerungen nicht umsetzbar. Die Ratifizierung des Vertrags, der 2020 in Kraft treten sollte, wird später von deutscher Seite auf Eis gelegt.

- 2014: Der Kantonsrat lehnt den Eintrag für künftige Pistenverlängerungen im Richtplan ab – gegen den Willen des Regierungsrats. Der links-grüne Antrag erreicht eine Mehrheit von 93:76 Stimmen, weil auch SVP- und FDP-Kantonsräte aus flughafennahen Gemeinden dafür sind. Das Komitee Pro Flughafen kündigt eine Initiative an, die

bezweckt, dass die Frage der Pistenverlängerungen auch nach einem Nein des Kantonsrats vor Volk kommen soll.

- 2015: Bei der Genehmigung des Zürcher Richtplans korrigiert der Bund den Kantonsratsentscheid: Er trägt die Option der Pistenverlängerungen wieder ein und beseitigt damit eine Differenz zum Sachplan Infrastruktur Luftfahrt des Bundes.
- 2016: Der Zürcher Kantonsrat spricht sich mit 123:48 Stimmen für die Initiative «Pistenverlängerungen vor Volk» aus. Auch die SP gesellte sich dabei ins Lager der mehrheitlich bürgerlichen Befürworter, während sieben SVPlern mit dem gegnerischen Lager aus Grünen, GLP, AL und EVP stimmen. *mts*

Gegen weitere Auflagen

FLUGHAFEN Ein Vorstoss für eine striktere Einhaltung der Nachtflugsperrzeit am Flughafen hat im Kantonsrat keine Mehrheit erhalten.

Der Kantonsrat verlangt kein strengeres Regime am Flughafen beim nächtlichen Verspätungsabbau. Zudem lehnt er es ab, dass für Flüge nach 22 Uhr markant höhere Gebühren erhoben werden. Er hat Postulate von Grünen und SP mit 103 zu 69 beziehungsweise 102 zu 69 Stimmen abgelehnt.

Die Nachtflugsperrzeit dauert von 23 bis 6 Uhr. Das eine Postulat wollte die Möglichkeit streichen, dass zum Verspätungsabbau zwischen 23.00 und 23.30 Uhr ohne besondere Bewilligung gestartet oder gelandet werden kann. De facto sei diese halbe Stunde nach 23 Uhr für den Flug-

betrieb im Flugplan bereits eingeplant, kritisierte Postulantin Regula Kaeser-Stöckli (Grüne, Kloten). So grosszügig dürfe nicht mit der Nachtflugsperrzeit umgegangen werden. Nur in wirklich begründeten Fällen seien Ausnahmen zuzulassen.

Hub-Funktion sichern

Es dürfe nicht sein, dass «mit immer mehr zusätzlichen Auflagen dem Homecarrier Swiss geschadet wird», fand hingegen Christian Lucek (SVP, Dänikon). Zur Sicherung der Hub-Funktion seien Langstreckenflüge in den Randstunden unverzichtbar.

Eine strikte zeitliche Begrenzung des Flugbetriebs würde nach Ansicht von Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) letztlich zu einer Ausdehnung der Nachtflugsperrzeit führen. Sie verlangte aber, dass die Flugbewegungen zwischen 23.00 und 23.30 Uhr «aufs Notwendigste beschränkt» werden. *sda*